

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Das Kabinetts-Stück

Der Kanzler führt, die IG Metall verliert, das Land gewinnt*** Josef Joffe ***

Wie teuer ist der vorgezogene Steuernachlass, wie verboht der IG-Metall-Zweite Jürgen Peters? Die interessantere Frage hat Joschka Fischer jüngst zwischen Vor- und Hauptspeise formuliert: "Ist unser Kopf schon so weit wie die Realität?" Oder mit Karl Marx: Wie weit schlurft das Bewusstsein dem Sein hinterher?

Die Antwort: Noch ziemlich weit, aber langsam, stolpernd holt das Bewusstsein auf, weil es das Tempo des Umbruchs im "Unterbau", in den "Produktionsbedingungen" nicht mehr wegdozieren kann. Und deshalb waren die Niederlage der IG Metall in Ostdeutschland und der Etappensieg Schröders in Neuhardenberg zumindest symbolisch von höchster Bedeutung - Wasserscheiden gar im Bewusstsein der Deutschen.

Was ist passiert? Dass ein Gewerkschafts-Vize bei seinem Klimmzug an die Spitze einen so opportunistischen wie zynischen Metallerstreik inszeniert hat, ist nichts Außergewöhnliches in diesem Land. So sind die Regeln im Kampf um Aufmerksamkeit und Akklamation, die knappsten Güter in der "Mediengesellschaft": Ein dramatischer Konflikt muss her, um sich in Szene zu setzen, ein handfester Sieg muss her, um die eigene Klientel zu beeindrucken.

Im Mäntelchen des Gemeinwohls

Dass Peters und sein Ostgenosse Hasso Düvel dabei "fehlkalkuliert" haben, ist auch nicht die

interessanteste Moral von der Geschichte. Entscheidend ist vielmehr der Bewusstseinswandel, der sich wie ein griechischer Chor auf der Bühne postiert hat. Jahrzehntelang war es den Gewerkschaften (wie den anderen Machtverbänden) gelungen, ihre eigenen, eigensüchtigen Interessen ins Mäntelchen des Gesamtwohls zu hüllen. Das Volk murrte zwar, wenn der Müll nicht abgeholt wurde, aber leise, kriegten doch alle ein größeres Stück vom Kuchen ab, solange der wuchs. Die Realität heute aber schreit: Er schrumpft.

Irgendwie müssen die Leute erkannt haben, dass die Metaller in Wahrheit für die Zerstörung weiterer Arbeitsplätze in Ostdeutschland streikten. Denn: Drei Stunden weniger Arbeit sind gleichbedeutend mit fast neun Prozent mehr Lohn, und wenn Arbeit teurer wird, verschwindet sie. Und das bei einer Arbeitslosigkeit, die in Neufünfland bei 20 Prozent liegt? Die Leute haben auch eine zweite Realität erkannt: dass der "Gesellschaftsvertrag", den das Tarifkartell (Gewerkschaften und Arbeitgeber) der Republik abgeluchst hat, nicht mehr funktioniert.

Die Mechanik lief so: Die Gewerkschaften pressen mehr Lohn oder Freizeit für ihre Klientel heraus, die Arbeitgeber schluchzen - und stellen mehr Maschinen an oder investieren im Ausland. Und die Verlierer, die Arbeitslosen? Kein Gewissensproblem, denn die fallen in das weichste aller Sozialnetze. So verdoppelte sich die

Transferquote in diesem Land von anfänglich 17 auf 34 Prozent des Inlandsproduktes - und mit ihr explodierten die Nebenkosten, die immer mehr Arbeitsplätze vernichteten.

Neuerdings haben die Bürger die Verschleierung durchschaut. Noch vor vier Jahren wünschte sich knapp die Hälfte "mehr Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik", heute sind es nur noch 28 Prozent. Selbst jeder dritte Gewerkschafter meint, die Macht seiner Truppe sei zu groß. Überhaupt belegen zahllose Umfragen, dass die "Köpfe" der Bürger näher an der "Realität" sind als die ihrer Anführer. Hier nur eine: 90 Prozent wollen Veränderung, fast 70 Prozent halten sie für dringend. Sie scheinen auch zu ahnen, wo es hakt: Nicht einmal jeder Dritte traut den Parteien die Fähigkeit zur Bewältigung zu.

Derlei Zahlen scheinen den Regenten Mut, zumindest Beine gemacht zu haben: Siehe das kleine Wunder von Neuhardenberg, wo der Kanzler im fünften Jahr, nach unzähligen 180-Grad-Wenden endlich einen geraden Kurs durchziehen will. Getriebene waren's in Neuhardenberg, nicht Vorreiter, die von 2004 an 15 Milliarden mehr in den Taschen der Verbraucher belassen wollen. Sie haben einfach das Dauerbeben erkennen müssen, das den "Unterbau", die ökonomische Basis aller Politik seit Jahren brutal verformt. Was so lange so gut funktioniert hat, funktioniert nicht mehr: informelle Konkurrenzabwehr, ständestaatliche Regulierung

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

(Meisterbrief!), Kartellisierung der Arbeitsmärkte, Abwälzung privater Belange auf das Ganze und folglich immer höhere Abgaben.

Ist die Globalisierung schuld? Nennen wir's lieber Regionalisierung. Wenn die EU nicht ihre Liberalisierungserlasse durchgesetzt hätte, müssten wir wahrscheinlich heute noch per Wählscheibe telefonieren. Und wenn nicht vor der Haustür das künftige EU-Land Tschechien läge, hätte die IG Metall doch die 35 Stunden erzwingen können - nicht aber, wenn die Autoarbeiter dort für ein Fünftel des Lohnes werkeln.

Neuhardenberg war ein kleiner, aber aufmunternder Anfang. Denn Ökonomie hat auch mit Psychologie zu tun, und Optimismus kann eine self-fulfilling prophecy sein. In den nächsten Wochen wird die politische Klasse regelgemäß über Gegenfinanzierung und Subventionskürzung streiten, den Regierungsentwurf zu verwässern und verbiegen suchen. Aber die Vergangenheitsverwalter sind gewarnt; die Peters/Düvel-Dramaturgie greift nicht mehr. Und auf den Wendekünstler Schröder ist auch kein Verlass mehr.

Rückwärts gewandte Utopie

Was fehlt? Vor allem eine CDU/CSU, die endlich ihre Kohl-Nachfolge-Krise löst, die endlich aufhört, zwischen Opposition und Obstruktion hin- und herzuflattern, die sich endlich ihrer Verantwortung stellt, statt sich darüber zu zerfleischen, ob sie die Regierung links oder rechts überholen soll. Auch sie ist gewarnt: Stoibers Schicksal von 2002 kann sich 2006 wiederholen.

Was fehlt noch? Eine "schwatzende Klasse" (so der ironische englische Terminus) oder "Intelligenzija" (der etwas ehrfürchtigere der Russen), die sich wieder auf ihre Avantgarde-Rolle besinnt. Bei der Mehrheit hinkt das Bewusstsein hinter dem Sein zurück. Und viele, wie Jürgen Habermas in seinem Aufruf vor Monatsfrist, zelebrieren just wie Peters/Düvel gar eine rückwärts gewandte Utopie. Um sich von Amerika, sprich der Dampfwalze des Wandels, abzusetzen, möge Europa die Tugenden seines "goldenen Zeitalters" festzurren: das Vertrauen in die "Steuerkapazitäten" und "Sicherheitsgarantien" des Staates, die Skepsis gegenüber Markt und technischem Fortschritt. Versorgungsgerechtigkeit muss Leistungsgerechtigkeit schlagen.

Werden wir von diesem Staat tatsächlich schlecht versorgt? Oder sollte er uns in Wahrheit nicht mehr Leistung abfordern, damit er selbst Leistung erbringen kann? Das Problem mit "goldenen Zeitaltern" ist, dass sie unwiederbringlich sind; folglich führt die Sehnsucht nach ihnen, die rückwärts gewandte Utopie, immer ins Leere. Wie sagte doch Marx? Die Philosophen haben die Welt interpretiert, wir müssen sie verändern. Wer aber den Wandel gar abwehrt, muss sich abschotten, und wer sich abschottet, verliert. Ein praktisches Beispiel: Die Deutschen sind überall Weltklasse, wo sie sich dem Wettbewerb stellen: in Sport, Musik, darstellender Kunst, Autobau. Und sie sind es nicht, wo sie sich der Konkurrenz entziehen - wie etwa in den Universitäten.

Den Wandel zu meistern ist die erste Bürgerpflicht - nicht ihn zu verleugnen oder zu bekämpfen. Die Regierung hat mit der Agenda 2010 und Neuhardenberg den ersten Schritt getan, die Bürger sind willens, ihr zu folgen - kein schlechtes Omen für die Deutschen im 21. Jahrhundert.